

satz sogar noch jene 15% unterschreiten, die normalerweise in den anderen Wirtschaftssonderzonen erhoben werden. Nach Zou hat die Autonome Region das Recht, Verträge jeder Art mit ausländischen Unternehmen zu genehmigen. Ausgeschlossen davon sind Gemeinschaftsunternehmen, die sich auf die Ausbeutung von Naturressourcen beziehen; in diesen Fällen muß der Staatsrat seine Zustimmung geben.

Die ausländischen Investitionen werden von der Kontrollkommission für Im- und Export in Guangxi betreut. Die Agentur dieser Kommission ist die Kwai Kong Shipping Co. in Hongkong. Guangxi fördert insbesondere Bergbau-Unternehmungen sowie die Gewinnung von Schwefel- und Goldrückständen. Nach Auskunft eines Mitarbeiters von Kwai Kong werden auch Investitionen in der petrochemischen, der Maschinenbau- und der Nachrichten-Industrie gewünscht (XNA, 17.12.1981, AWSJ, 18.12.1981).

Das Autonome Gebiet Guangxi-Zhuang liegt in der subtropischen Zone westlich der Provinz Guangdong. In Guangxi werden 60 Arten Mineralien gefunden. Nach Zou Guangchun nehmen die Reserven von 19 Arten die ersten sechs Plätze des Landes ein. Die Bauxitreserven des Bezirks Pingguo zählen zu den größten Chinas (XNA, 17.12.1981). Ferner gibt es bedeutende Mangan-, Zinn- und Wolfram-Lagerstätten.

-lou-

(36) Guangdong erläßt vorläufige Verordnungen für die Wirtschaftssonderzonen

Am 24.12.1981 erließ der Ständige Ausschuß des Volkskongresses der Provinz Guangdong vier vorläufige Verordnungen über die drei Wirtschaftssonderzonen Shenzhen, Zhuhai und Shantou. Sie betreffen Ein- und Ausreiseregulungen, die Registrierung von Unternehmen, Arbeitslöhne in den Unternehmen und Landkontrolle in Shenzhen.

Die Bestimmungen für Ein- und Ausreisevisa enthalten detaillierte Angaben darüber, wie und wo Personen unterschiedlicher Kategorien sich um Visa zu bewerben haben. Mit einbezogen sind Ausländer, Personen aus Hongkong und Macao sowie Chinesen aus Taiwan. Für Chinesen aus Hongkong und Macao, die täglich in die Zonen einpendeln, wird das Einreiseverfahren vereinfacht. Ausländer und Chinesen, die länger als sechs Monate in den Zonen wohnen wollen, erhalten eine ständige Aufenthaltsgenehmigung.

Ausländische Unternehmen müssen sich bei den Ämtern für Wirtschafts- und Handelsverwaltung registrieren lassen. Sie müssen ein Konto bei der Bank of China oder einer anderen zugelassenen Bank eröffnen, augenscheinlich deswegen, damit die Devisentransaktionen kontrolliert werden können.

In den vorläufigen Bestimmungen über Arbeitslöhne ist festgelegt, daß die Unternehmen berechtigt sind, Arbei-

ter und Angestellte einzustellen, für eine Probezeit zu beschäftigen und zu entlassen. Arbeiter und Angestellte haben ebenfalls das Recht zu kündigen. Die Investoren haben das Recht, die Löhne festzusetzen. Jährliche Lohnsteigerungen zwischen 5% und 15% werden allerdings gefordert werden. Arbeiter, die eine Ausbildung von zumindest drei Monaten bei ausländischen Firmen erhalten haben, können nicht vor Ablauf eines Jahres kündigen. Für jedes Jahr Beschäftigung wird eine Trennungsschädigung in Höhe eines Monatslohns gezahlt, falls ein Arbeiter wegen Überbeschäftigung entlassen wird. Arbeiter, die aus anderen Gründen entlassen werden, können sich an die Arbeitsämter der Zonen wenden. Falls sie mit den von den Arbeitsämtern getroffenen Regelungen nicht zufrieden sind, können sie die Firmen bei den Gerichten der Zonen verklagen.

Die Gesetze über die Landnutzung sehen vor, daß ausländische Investoren Industrieland für einen Zeitraum von maximal 30 Jahren pachten können. Land für Handelszwecke, für Landwirtschaft und Viehzucht kann für 20 Jahre gemietet werden und Land für Wohnzwecke für 50 Jahre. Wenn die Pachtverträge erlöschen, können sie erneuert werden. Die jährlichen Pachtsätze betragen für Industrieland 10 bis 30 Yuan pro qm, für Land für Handelszwecke 70 bis 100 Yuan, für Land für Wohnzwecke 30 bis 60 Yuan und für Land für Tourismus-Projekte 60 bis 100 Yuan. Die Pachtsätze werden alle drei Jahre um maximal bis 30% erhöht.

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen werden aller Wahrscheinlichkeit das Vertrauen ausländischer Investoren in die Wirtschaftssonderzonen vergrößern. Bislang sind mehr als 90% der Projekte in Shenzhen von Chinesen aus Hongkong und Macao durchgeführt worden. Andere Investoren waren bisher wegen der fehlenden gesetzlichen Regelungen zurückhaltend gewesen (XNA, 24.12.1981, und ASWJ, 24.12.1981).

-lou-

(37) Messen in Guangzhou werden eingeschränkt

Nach einer Mitteilung des Außenministeriums werden die zweimal jährlich in Guangzhou stattfindenden Messen in bezug auf Dauer und Umfang eingeschränkt werden. Die Messen werden nun nur jeweils 20 Tage dauern; folgende Daten wurden festgesetzt: 15. April bis 5. Mai und 15. Oktober bis 5. November. Auf der Frühjahrsmesse werden nur folgende Güter ausgestellt: Metalle, Mineralien, Chemikalien, Maschinen und Ausrüstungen. Auf der Herbstmesse werden Getreideprodukte, Öle, Nahrungsmittel, Textilien, tierische Nebenprodukte, Erzeugnisse der Leichtindustrie, des Handwerks und des Kunsthandwerks ausgestellt.

Die Reduzierung der Messen ist nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua durch den zunehmend dezentralisierten Außenhandel bedingt. Im Zuge der neuen Politik werden eher kleine Exportmessen - wie die am 5.12.1981 in Guangzhou eröffnete internationale Textilmaschinen-ausstellung

(XNA, 7.12.1981) - abgehalten, Handelsdelegationen ins Ausland geschickt und ständige Handelsvertretungen im Ausland gegründet (ASWJ, 28.12.1981).

-lou-

(38) Europäische Gemeinschaft weitet Vorzugsbehandlung auf China aus

Am 8.12.1981 wurde auf der Tagung der Außenminister der Europäischen Gemeinschaft in Brüssel beschlossen, innerhalb des Allgemeinen Präferenz-Schemas für die Entwicklungsländer die Vorzugsbehandlung auch auf China auszudehnen. Nach dem Schema werden auch im Jahre 1982 alle Industrieprodukte, die in die EG eingeführt werden, von Zöllen befreit sein. Die Zollfreiheit wird auch auf eine steigende Zahl von landwirtschaftlichen Gütern ausgedehnt werden (XNA, 9.12.1981).

-lou-

WIRTSCHAFT

(39) Staatsrat erläßt Vorschriften für das Rechnungsprüfungswesen

Anfang Dezember 1981 gab der Staatsrat einen Erlaß über die Prüfung des Rechnungswesens der Betriebe heraus. Der Erlaß richtet sich an alle Volksregierungen der Provinzen sowie Ministerien, Kommissionen und die direkt dem Staatsrat unterstehenden Institutionen und sieht vor, mehr als 200 Personen, darunter stellvertretende Minister, Abteilungs- und Amtsleiter, Wirtschaftswissenschaftler usw., auszuwählen und sie gruppenweise zusammenzufassen. Diese Gruppen sollen die Arbeit der Finanzüberwachung in den Betrieben fördern. In den nächsten zwei Monaten soll dann eine umfassende Überprüfung des Finanzgebarens der staats eigenen Betriebe vorgenommen werden.

Die Prüfung wird sich auf zwei Aspekte konzentrieren. Zum einen soll untersucht werden, ob die Grundausstattung des Rechnungswesens und der Finanzverwaltung funktionsfähig ist; ob Buchführung, Rechnungen usw. vollständig sind; ob die Buchwerte für Anlagen und Waren mit dem Zeitwert übereinstimmen; ob ein Unternehmen die gesetzten wirtschaftlichen oder technischen Sollwerte erreicht; ob die Finanz- und Buchführungsabteilungen und deren Personal die Anforderungen des Betriebes bei der Stärkung des Finanzwesens erfüllen können. Zum anderen soll die Einhaltung der Finanzdisziplin untersucht werden. Die wichtigsten Punkte hier sind: Entsprechen die Produktionskosten und Ausgaben der Betriebe den staatlichen Vorschriften oder gibt es Unregelmäßigkeiten bei der Festsetzung und Berechnung der Produktionskosten; sind an den Staat abzuführende Gewinne zurückgehalten oder zu anderen Zwecken verwendet worden; handeln die Betriebe nach den staatlichen Vorschriften, wenn sie aufzuteilende Gewinne, Betriebsfonds oder andere Sonderfonds zurückhalten; handeln die Betriebe entsprechend den Vorschriften, wenn sie

Darlehen für technische Maßnahmen zurückzahlen; zahlen die Betriebe wahllos Boni und Unterstützungen aus, beteiligen sie sich an verschwenderischen Aktivitäten und an der Verschwendung staatlicher Fonds.

Im Erlaß des Staatsrats heißt es ferner, daß Verluste von denjenigen ersetzt werden müssen, die sie verursacht haben. In ernsteren Fällen müssen die verantwortlichen Betriebsleiter und andere verantwortliche Angestellte mit einer Herabstufung ihrer Befugnisse rechnen (NCNA, 12.12.1981, zit. nach SWB, 22.12.1981).

-lou-

(40) Das Zentralkomitee der KP Chinas und die Wirtschaftskommission über das "Lernen von Daqing"

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur NCNA vom 25.12.81 verteilte das Zentralkomitee der KP Chinas kürzlich einen "Bericht über das Lernen von Daqing in der Industrie", der von der Parteigruppe der Wirtschaftskommission vorbereitet worden war, und gab ein Rundschreiben über diese Frage an die wichtigsten Parteiorganisationen im ganzen Lande heraus. Das Rundschreiben stellt ideologische Momente in den Vordergrund und kann zumindest als ein Symptom für die neuerlich stärker zu beobachtende Reideologisierung gewertet werden. Nachfolgend werden wichtige Passagen des Rundschreibens wiedergegeben.

Der revolutionäre Geist von Arbeitern und Kadern der Daqing-Ölfelder bei ihrer Pionierarbeit unter schwierigen Bedingungen in den frühen Jahren - so heißt es in dem Zirkular - zeige die wahren Qualitäten der chinesischen Arbeiterklasse. Viele der Hauptideen von Daqing sind noch von praktischer Bedeutung. Deshalb könnten führende Kader und Industriearbeiter im ganzen Land unter Berücksichtigung der heute geltenden jeweiligen spezifischen Bedingungen auch von den Daqing-Erfahrungen lernen.

Gerüstet mit den Mao Zedong-Ideen und unter Führung der Partei wurde das große Ölgebiet aufgebaut und damit die Ära beendet, in der das chinesische Volk "ausländisches Kerosin" benutzen mußte. Als in den frühen 1970er Jahren Lin Biao und die konterrevolutionäre Viererbanden-Clique schwere Sabotageakte verübten, blieben die Daqing-Arbeiter fest und heldenhaft, begegneten Einmischungen und erhöhten die Ölförderung beträchtlich. Nach dem Sturz der Viererbande wurde hart gearbeitet und eine gleichmäßig hohe Förderungsmenge von jährlich 50 Mio.t erreicht.

Wegen des langandauernden Einflusses der "Linken" in der Vergangenheit wurden die Erfahrungen Daquings zusammengefaßt und bezüglich des Klassenkampfes und des Kampfes der beiden Linien übertrieben dargestellt. Jedes Mal wurden die Erfahrungen zusammengefaßt und in immer übertriebener Terminologie dargestellt. Einige Elemente der Erfahrungen wurden absolut gesetzt und zu stereotypen Beispielen gemacht. Dies war das

Ergebnis spezifischer historischer Bedingungen, und die Verantwortung dafür liegt beim Zentralkomitee der Partei jener Zeit sowie der betroffenen höheren Führung.

Weiter heißt es in dem Zirkular, daß sich Bewußtsein und Materie unter gegebenen Bedingungen gegenseitig umformen können. Bei der Beseitigung des Einflusses "linker" Ideen war es nötig, den irrigen Standpunkt zurückzuweisen, daß "das Bewußtsein alles erreichen könne". Gleichwohl sollte unter keinen Umständen die dynamische Rolle des revolutionären Bewußtseins bei der Umformung der objektiven Welt zurückgewiesen werden... In Zukunft müssen die Organisationen von Partei und Regierung dem Prinzip folgen, der ideologischen Arbeit Priorität einzuräumen und die ideologische und politische Erziehung unter den Arbeitern anzuheben. Insbesondere soll die Erziehung der jungen Arbeiter verstärkt werden.

Fortgesetzt werden müssen, so das Rundschreiben weiter, der sozialistische Arbeitswettbewerb und die Massenbewegung, miteinander wettzueifern und voneinander zu lernen. Angestellte und Arbeiter müssen ausgebildet werden, ihr ideologisches und politisches Bewußtsein sowie ihr kulturelles und technisches Niveau ständig anzuheben. Laxheit und Schwäche bei der ideologischen und politischen Arbeit muß korrigiert werden. Betriebsverwaltungen muß geholfen werden, die Betriebsleitung zu verbessern, so daß sie die Verantwortung übernehmen und gerecht und fair bei der Vergabe von Belohnungen und der Verhängung von Strafen sein können. Hervorragende Personen und Leistungen müssen rechtzeitig gelobt werden; ungesunde Tendenzen sollten kritisiert, Gesetz- und Disziplinlosigkeit schwer bestraft werden (NCNA, 25.12.81, zit. nach SWB, 31.12.81).

-lou-

(41) Disziplinüberwachungskommission verurteilt Plünderungen von Staatseigentum

Um den mehrfach vorgekommenen Plünderungen von staatlichem Eigentum zu begegnen, erließ die dem Zentralkomitee der KPCh unterstellte Disziplinüberwachungskommission ein Rundschreiben an die Parteiorganisationen aller Ebenen mit der Aufforderung, entschlossen diesen ungesunden Trend zu stoppen (NCNA, 14.12.1981, zit. nach SWB, 22.12.1981). Schon am 4.10.1981 hatte ein Leitartikel der Volkszeitung zum Schutz des Kollektiveigentums aufgerufen (C.a., Oktober 1981, Ü 43).

Konkreter Anlaß des jetzt erlassenen Zirkulars der Kommission ist ein Zwischenfall im Arbeitsgebiet Cemianhu der Zeche Hutian (Provinz Hunan). Da die Kohle im Gebiet von Gemianhu abgebaut war, entschied das Amt für die Kohleindustrie der Provinz Hunan im Mai 1981, daß die entsprechenden Arbeiter in das Gebiet von Hutian transferiert werden sollten. Einige der Gebäude in Cemianhu sollten abgerissen, in Hutian neue Wohnräume für die Arbeiter errichtet werden. Um den Abriß und Neuaufbau der Einrichtungen zu erleichtern, beriet sich

die Zechenverwaltung mehrmals mit den lokalen Leitern des Bezirks, der Kommunen und Brigaden. Mitte Juni 1981 wurde dann ein Abkommen unterzeichnet. Vor und nach Unterzeichnung des Abkommens hielten die betroffenen Kommunen und Brigaden Massenversammlungen ab, auf denen den Kommunemitgliedern der Schutz des staatlichen Eigentums nahegebracht wurde.

Als am 5.Juli 1981 der Abriß der Gebäude begann, drangen der Leiter der Produktionsgruppe Nr.4 der Daping-Brigade, Zhou Guohuai, und der Buchhalter He Zhongmu sowie 40 weitere Kommunemitglieder in das Arbeitsgebiet ein. Sie stahlen Holz, Kohle und andere Materialien. Unmittelbar danach nahmen immer mehr Leute an den Plünderungen teil. Schließlich waren 1.500 Personen aus den nahegelegenen Kommunen Xiangxiang, Lianyuan und Ningxiang beteiligt. Nachdem die Leitungen der verschiedenen Kommunen und Kreise sowie die lokalen Sicherheitsorgane drastische Maßnahmen eingeleitet hatten, wurden die Plünderungen schließlich am 10.7.1981 beendet. Die Verluste des Staates betragen mehr als 32.000 Yuan.

Fünf Personen wurden festgenommen. Neben Zhou Guohuai und He Zhongmu waren es Li Linquan, der oftmals die Produktion gestört und erste Verluste verursacht hatte, Zeng Liansheng und Fu Minxiang, die eine Menge von Materialien geplündert hatten. Li Guoqi und zehn andere Leute wurden in Haft gehalten und erhielten Geldstrafen, weil sie ebenfalls geplündert und die Arbeiter geschlagen hatten, eine falsche Einstellung in bezug auf ihre Fehler gezeigt und nur widerstrebend die gestohlenen Sachen zurückgegeben hatten. Fu Dongsheng, ein Parteikomiteemitglied, wurde seines Postens enthoben und erhielt eine zweijährige Bewährungszeit. Li Gengsheng, Sekretär der Parteigliederung der Produktionsbrigade Daping, wurde auf Bewährung freigelassen. Xie Zhengquan, der ehemalige Direktor der Sektion öffentliche Sicherheit der Daping-Brigade, wurde entlassen und seines Postens als Kommandeur eines Milizbattalions enthoben.

In dem Rundschreiben der Disziplinüberwachungskommission hieß es weiter, die Vorgänge in Hutian hätten gezeigt, daß einige Parteiorganisationen und viele Genossen es versäumt hätten, einen harten Kampf gegen den bürgerlichen Individualismus, den Anarchismus usw. zu führen. Der Grund dafür sei, daß bei manchen Kadern immer noch bürokratische Tendenzen vorherrschen (NCNA, 14.12.1981, zit. nach SWB, 22.12.1981).

-lou-

(42) Chinas Schiffbauindustrie wird umorganisiert

Nach der Automobilindustrie wird nun auch Chinas Schiffbauindustrie umorganisiert (vgl. Diagramm). An die Stelle des früher für die Schiffbauindustrie verantwortlichen sechsten Maschinenbauministeriums, das aufgelöst wird, tritt die Maschinenbau-Industriegesellschaft, die dem Staatsrat unterstellt ist. Die Maschinenbau-In-

dustriegesellschaft überwacht die neue China Corporation of Shipbuilding Industry (C.C.S.I.), der die gesamte chinesische Schiffbauindustrie untersteht. Seit ihrer Gründung im Mai 1980 erhielt die C.C.S.I. Aufträge ausländischer Kunden mit einer Gesamttonnage von 700.000 BRT. Entsprechend den Standortschwerpunkten werden Regionalgesellschaften gegründet. Auch die Produktion von Offshore-Ölexplorations- und Produktionsausrüstungen fällt künftig unter die Zuständigkeit der C.C.S.I.

Diagram: Chinas Schiffbauindustrie

Staatsrat

MACHINE BUILDING INDUSTRY CORPORATION

CHINA CORPORATION OF SHIPBUILDING INDUSTRY (C.C.S.I.)

Northern Shipbuilding Industry Corporation

- Dalian-Werften
- Tianjin-Werften

Shanghai Shipbuilding Corporation

- Shanghai-Werften
- Jiangnan-Werft
- Hudong-Werft

Southern Shipbuilding Corporation (Nanfang)

- Guangdong Shipbuilding Corporation (Nanfang)
- Guangzhou-Werft
- Huangno-Werft
- Gui-Jiang-Werft (Guangxi)

Nach Angaben Shanghai Behörden haben die dortigen Werften in den letzten beiden Jahren Lieferverträge mit ausländischen Kunden über 50 Schiffe mit einer Gesamttonnage von 500.000 BRT abgeschlossen. Der Wert beläuft sich auf 440 Mio. US\$. Unter den zu liefernden Schiffen befinden sich vier 12.300 t-Containerschiffe für die Peter Dohle Schifffahrtsgesellschaft aus der Bundesrepublik Deutschland. Für Japan, Polen, Rumänien und Hongkong werden unter anderem Schwimmkräne, Massengutfrachter und Bagger gebaut. In Zusammenarbeit mit japanischen und dänischen Schiffbaugesellschaften werden gemeinsam Schiffe konstruiert. Mit seinen 20 Werften produziert Shanghai fast die Hälfte des gesamten chinesischen Outputs, was die Tonnage anbetrifft.

Auch der Schiffbau wurde zunächst von den Kürzungsmaßnahmen in der Schwerindustrie betroffen. Nach Aussagen von Reedern der Guangdong Shipbuilding Corp. arbeiten die Werften in Huangpo und Guangzhou nur mit einem Auslastungsgrad von 60 bis 70%. Dies sei durch einen Rückgang der Aufträge um 30 bis 40% im Vergleich zu dem Auftragsingang vor zwei Jahren zu erklären. Die Southern Shipbuilding Industry Corporation wird eine größere Autonomie haben als ihre Schwestergesellschaften im Norden; Verträge könnten ohne Zustimmung des Staatsrats abgeschlossen werden. Gegenwärtig müsse das sechste Maschinenbauministerium noch seine Zustimmung geben, wenn Schiffe mit einer Tonnage, größer als 3.000 BRT, gebaut werden sollen. Die

Southern Shipbuilding wird auch Joint Ventures in Hongkong errichten. Ein erstes Joint Venture wurde schon im Jahre 1980 gegründet, um den Export von Schiffen und Ölbohrplattformen zu fördern. Es ist die Wah Chang International Industry Co. in Hongkong, die von der Guangdong Shipbuilding und der Wah Chang-Gruppe in Singapur gegründet worden ist.

Ende November 1981 unterschrieb die Guangdong Shipbuilding einen Vertrag zur Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit der Union Industrielle et d'Entreprise, Paris. Das neue Unternehmen soll Ölbohrplattformen produzieren.

Die Werft von Guangzhou ist die größte im Süden. Nach Aussagen von Yan Ming, des Leiters der Werft, umfaßt die Werft ein Areal von 700.000 qm, auf denen sich fünf Fabrikationsanlagen befinden. Insgesamt werden 8.000 Arbeiter beschäftigt. Gegenwärtig können Schiffe bis zu einer Tonnage von 18.000 BRT gebaut werden. Im Oktober 1981 schloß die Werft einen Vertrag im Werte von 40 Mio. US\$ mit der Wheelock Marden-Gruppe in Hongkong ab. Es sollen drei Massengutfrachter mit einer Tonnage von je 18.000 BRT geliefert werden. Auch die Schiffsmaschinen werden unter Lizenz von Burmeister und Wain (Dänemark) in Guangzhou gebaut.

Die zweitgrößte Werft im Süden ist Huangpo. Sie beschäftigt 5.000 Arbeiter und kann Schiffe bis zu einer Tonnage von 3.000 BRT bauen. In Huangpo werden hauptsächlich Stückgutfrachter, Schlepper und Passagierschiffe gebaut. (Financial Times, 14.10.1981; XNA, 15.12.1981 und 23.12.1981; AWSJ, 7.12.1981)

(43) Tianjin erläßt Regelungen zur Preiskontrolle

Die Regierung der regierungsunmittelbaren Stadt Tianjin hat kürzlich vorläufige Regelungen über Preiskontrollen bekanntgegeben, wie sie in ähnlicher Form auch von anderen Provinzen erlassen worden sind. In einem Kapitel über die Warenpreisdiziplin heißt es, daß die verschiedenen Einheiten die staatliche Warenpreispolitik und die von den für die Warenpreise verantwortlichen Abteilungen festgesetzten Maßnahmen strikt einhalten müssen. Industrie- und Handelsunternehmen ist es nicht erlaubt, den Wert der Produkte und die Standardsätze für die Verarbeitung zu verändern. Handelsunternehmen, Betriebe des Groß- und Einzelhandels dürfen nicht frei die Groß- und Einzelhandelspreise erhöhen. Gleiches gilt für das Dienstleistungsgewerbe und die öffentlichen Einrichtungen. Wenn die Preise für gewisse Güter erhöht werden sollen, muß ein Bericht an die für die Warenpreise zuständige Organisation geschickt werden, um die Genehmigung dafür zu erhalten. Diejenigen Unternehmen, die Produkte herstellen, deren Preise ausgehandelt werden, müssen sich an die von der zuständigen Abteilung festgesetzte Preismarge halten.

Produzierende Einheiten müssen die Qualität der Güter garantieren, die

Preise auf der Basis der Qualität festsetzen und die richtigen Preise für eine gegebene Qualität festsetzen. Sie dürfen nicht zweitklassige Güter liefern, mindere Qualitäten als bessere ausgeben oder gute Inputs durch billigere ersetzen.

In den Regelungen sind auch konkrete Vorschriften enthalten über Belohnungen, die an Einzelne oder Einheiten für vorbildliches Verhalten vergeben werden können. Folgende Bestrafungsmöglichkeiten sind vorgesehen:

1. Personen, deren Vergehen nicht ernsthaft ist, sollen kritisiert und erzo-gen werden.

2. Einheiten, die gegen die Warenpreispolitik verstoßen, sollen eine Strafe zwischen 50 Yuan und 1.000 Yuan erhalten. Die verantwortlichen Personen und jene Personen, die die Einhaltung der Vorschriften zu überwachen haben, sollen für drei Monate ihrer Boni verlustig gehen und einen Lohnabzug von 10% erhalten. Für Personen, die gegen die Warenpreispolitik verstoßen, gilt das gleiche.

3. Für schwerere Verstöße gelten höhere Strafen. (SWB, 5.12.1981)

-lou-

(44) Wuhan ein Jahr unter chinesischer Leitung

Nach einer Meldung der Gongren Ribao produzierte das 1,7m-Walzwerk der Eisen- und Stahlwerke Wuhan 1981, im ersten Jahr unter chinesischer Leitung, soviel Stahl wie in den zwei vorhergegangenen Jahren zusammen. Die zwischen Januar und November 1981 produzierten 1,1 Mio. t Stahlblech wurden in ganz China verkauft, sowie nach Japan, den Nahen Osten, Südostasien und Hongkong exportiert. Der Walzstahlkomplex besteht aus je einer Heißwalzstahl- und einer Kaltwalzstahl-Anlage, einer Silikonstahlblech-Fabrik sowie einer Endlos-Gußanlage. Die Anlagen wurden in den 1970er Jahren aus der Bundesrepublik Deutschland und Japan nach China importiert. In dem Walzstahlkomplex konnten kalt- und heißgewalzte Stahlbleche, verzinkte und verzinnte Bleche sowie kaltgewalzte Silikonstahlbleche hergestellt werden, die früher importiert werden mußten (Gongren Ribao, zit. nach XNA, 10.12.1981).

-lou-

(45) Fortschritte bei der Vielzweck-Verwendung von Erzen

Nach einem Bericht der "Guangming Ribao" vom 10.12.1981 wurde auf einer Konferenz über die Vielzweck-Verwendung von Erzen über Fortschritte bei der Raffinierung von uranhaltigen Erzen und Erzen mit Polymetall-Beimengungen berichtet. Die Konferenz, die erste ihrer Art, wurde vom Akademischen Komitee für Erzverarbeitung bei der Chinesischen Gesellschaft für Metalle und der Uranerz-Metallurgie-Gesellschaft, die der Chinesischen Nuklear-Gesellschaft untersteht, durchgeführt.

Insbesondere wurde über ein neues Schwemmverfahren zur Raffinierung

von polymetallhaltigen Erzen berichtet, das in einem von Chinas größten metallurgischen Zentren, in Baotou (Innere Mongolei), entwickelt worden ist. Dieses Verfahren dient zunächst der Trennung seltener Erden von Fluorspat und weiter der Trennung des feinkörnigen Eisens von eisenhaltigen Silikatmineralien. Das Ergebnis dieses Verfahrens ist die erhebliche Verbesserung der Gewinnungsrate von seltenen Erden. Zudem ermöglicht das Verfahren die Produktion von konzentriertem Fluorspat-Erz und hochqualitativem konzentriertem Eisenerz mit einem niedrigen Fluor- und Phosphorgehalt.

Nach Angaben der "Guangming Ribao" sind auch in Panzhuhua (Sichuan) Erfolge bei der Raffinierung und Bearbeitung von Vanadium-Titan-Magnetiten erzielt worden. An dem genannten Ort wurde eine Fabrikationsanlage vollendet, die dafür ausgelegt ist, 500.000 t konzentriertes Titanerz jährlich zu bearbeiten.

Chinas erster Fabrik für die Verarbeitung uranhaltiger Braunkohle gelang es, Uran aus der Braunkohle zu gewinnen; die Prozeßwärme wurde genutzt, um Elektrizität zu erzeugen. Ferner wurden Uran und verwandte Elemente aus Phosphatschiefer, Kohleschiefer, Nicht-Eisenmetallerzen und Golderzen gewonnen (GMRB, 10.12.1981, zit. nach XNA, 10.12.1981).

(46) Ministerium für die Kohleindustrie fordert härtere Arbeit

Nach einer Meldung der Nachrichtenagentur NCNA vom 27.11.1981 hielt das Ministerium für die Kohleindustrie kürzlich eine Tagung ab, auf der die politische Arbeit in verschiedenen größeren Zechen diskutiert wurde. Zusätzlich zu objektiven Schwierigkeiten würde die Arbeit durch Kader beeinträchtigt, die nicht mit der neuen ideologischen Situation sowie dem neuen Arbeitsstil Schritt halten könnten. Zum einen gebe es Kader, die keine hohe Gesinnung hätten und die nicht hart arbeiteten. Sie erfüllen nicht die ihnen übertragenen Aufgaben, obwohl sie es könnten. Zum anderen gebe es Kader, die konservativ dächten und nicht fleißig studierten. Sie studierten und unterstützten die neue Situation nur widerwillig. Unter den Arbeitern gebe es solche, denen es als Herren ihres eigenen Schicksals an der Verantwortung fehle. Sie arbeiteten nicht hart, um politischen Fortschritt zu erreichen; ihr Organisationsvermögen und ihre Disziplin blieben gering. Es sei nötig, die Bemühungen zu ihrer Erziehung zu stärken (zit. nach SWB, 8.12.1981).

Als ein Beispiel für die Arbeitsdisziplin kann ein Bericht gelten, in dem die "Guizhou Ribao" die Bemühungen des Bergwerksamts von Shuicheng (Provinz Guizhou) schildert, die Arbeitsorganisation und -disziplin im ganzen Bereich des Amtes zu ordnen. Von den 416 Arbeitern, die der Arbeit länger als drei Monate fernblieben, seien 215 an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt. Etwa 156 Arbeiter hätten die Vorschriften und die Disziplin nicht eingehalten, sich trotz

wiederholter Ermahnungen geweigert, sich zu ändern, und wären lange Zeit der Arbeit ferngeblieben. Diese Arbeiter seien entlassen oder hart gemäßregelt worden. In verschiedenen Zechen, Abteilungen und Sektionen sei die Situation jener Bergleute untersucht worden, die seit 1978 eingestellt, aber noch nicht zur Grubenarbeit zugeteilt worden waren. Es wurde auch die Situation von Kindern und Verwandten von Kadern untersucht, und zwar darauf hin, ob diese das Verhältnis zwischen Kadern und Massen beeinträchtigt hätten. Über 150 Arbeiter, die vorher in der Beschaffungsabteilung gearbeitet hätten, seien in das Bergwerk Lutonggao gesandt worden; 95 von ihnen arbeiten nun direkt vor Ort (Radio Guiyang, 21.11.1981, zit. nach SWB, 8.12.1981).

(47) Forschungs- und Produktionsgemeinschaften in Shanghai gegründet

Im Rahmen der Reformbestrebungen ist in Shanghai eine Anzahl von Gemeinschaften gegründet worden, in denen Forschungsinstitute und Produktionseinheiten zusammengefaßt sind. Eine Reihe von größeren Betrieben hat eigene Forschungsinstitute gegründet, die der Produktion dienen. Das Stahlwerk Nr.5 in Shanghai hat bereits 1978 ein Forschungsinstitut gegründet, das 150 Forschungsprojekte durchgeführt hat, die sich alle auf wichtige Produktionsprobleme des Betriebes beziehen. Die aufgrund der Forschungen des Instituts erzielten Mehreinnahmen wurden auf acht Mio.Yuan beziffert.

Die Elektroapparatfabrik Shanghai und das Institut für Maschinenbau und Elektroingenieurwesen in Shanghai gründeten im Jahre 1979 eine Gemeinschaft, die ein Dutzend Projekte durchgeführt und Mehreinnahmen von 1,4 Mio.Yuan eingebracht hat. Eine weitere Gemeinschaft wurde von einer Ölraffinerie, einer Chemiefabrik und einem petrochemischen Forschungsinstitut gegründet. Diese Gemeinschaft soll der Ölraffinerie bei technischen Innovationen helfen, deren Outputwert nach der Vollendung jährlich 40 Mio.Yuan betragen soll (XNA, 10.12.1981).

(48) Kernenergie soll besser genutzt werden

Nach dem Vorschlag eines führenden chinesischen Atomwissenschaftlers soll die Nuklearenergie bei der Entwicklung der chinesischen Wirtschaft besser genutzt werden. Professor Wang Ganchang, Direktor des Instituts für Atomenergie, erklärte, daß sein Vorschlag von zwei anderen namhaften Physikern unterstützt würde, nämlich von Professor Zhang Wenyu, dem Direktor des Instituts für Hochenergiephysik, und Professor Zhao Zhongyao, dem stellvertretenden Direktor des Instituts. Professor Wang Ganchang erklärte: "Wir werden die Atomenergie zusammen mit der Erdöl- und Kohleindustrie und anderen Industrien des Energiesektors entwickeln".

Da die Energiequellen in den ost- und

südchinesischen Küstenprovinzen, die stark bevölkert und entwickelt sind, relativ knapp sind, würde es - so Professor Wang - enormen wirtschaftlichen Nutzen bringen, dort Atomkraftwerke zu bauen, vor allem im Umkreis der Städte Shanghai, Guangzhou und Tianjin. China besitze bereits in großem Umfange die grundlegenden Voraussetzungen für einen Ausbau der Atomkraft. Uranvorkommen seien reichlich vorhanden, ein Teil davon bereits erschlossen. Ferner besitze China viele Atomwissenschaftler und -techniker sowie eine große Zahl von Facharbeitern, und es könne den Großteil der Ausrüstung für die Atomkraftwerke herstellen, einschließlich der Atomreaktoren, der wichtigsten Bestandteile. Wie Professor Wang Ganchang weiter erklärte, habe China schon viele Atomreaktoren gebaut. Der jüngste, ein Hochfluß-Neutronenreaktor, sei im Jahre 1981 in der Provinz Sichuan fertiggestellt worden (XNA, 14.12.1981).

HONGKONG

(49) Edward Youde als neuer Gouverneur ernannt

Zum Nachfolger des im kommenden April zurücktretenden Gouverneurs der britischen Kolonie Hongkong, Sir Murray Maclehoose, wurde am 22. Dezember Sir Edward Youde (58) ernannt.

Maclehoose ist bereits 10 Jahre im Amt und wurde allgemein als einer der erfolgreichsten Gouverneure in der 140 Jahre währenden Geschichte der Kronkolonie anerkannt. Dem neuen Gouverneur obliegt unmittelbar das Problem von Hongkongs Zukunft nach 1997, da der Pachtvertrag der New Territories abläuft. Außerdem sind die Bürger von Hongkong in der letzten Zeit auch von London verunsichert worden, weil die Regierung Thatcher durch ein neues Nationalitätsgesetz die Hongkonger Bürgerschaft weiter von Staatsangehörigkeit Großbritanniens distanzieren will.

Youde, zur Zeit "Chief Clerk" des britischen Außenministeriums, ist ein erfahrener Diplomat. Er beherrscht die chinesische Sprache und war 13 Jahre als Diplomat in China, und zwar von 1974-78 als Botschafter. In Hongkong meint man aber: "Wir brauchen niemand, der die Chinesen in China versteht, sondern eher jemand, der uns versteht." (Financial Times, 23.12.81; DGB, 24.12.81)

-ni-

TAIWAN

(50) Geheimbesuch des Ministerpräsidenten Sun in Indonesien

Vom 7. bis 11. Dezember hat der Ministerpräsident der nationalchinesischen Regierung von Taiwan, Sun Yunxuan (Sun Yun-suan), spektakulär auf die Einladung des indonesischen Vizepräsidenten, Adam Malik, hin einen fünftägigen Besuch in Indonesien gemacht. Er wurde begleitet u.a. vom Wirtschaftsminister Zhao